Niederschrift

Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Marburg (öffentlich)

Sitzungstermin:	Freitag, 17.11.2017
Sitzungsbeginn:	16:30 Uhr
Sitzungsende:	21:28 Uhr
Ort, Raum:	Sitzungssaal Barfüßerstr. 50, 35037 Marburg

Anwesende Mitglieder
Vorsitz
Frau Marianne Wölk - SPD
reguläre Mitglieder
Frau Bettina Böttcher - SPD
Herr Thorsten Büchner - SPD
Herr Dominic Dehmel - SPD
Herr Schaker Hussein - SPD
Frau Myriam Hövel - SPD
Frau Alexandra Klusmann - SPD
Herr Dr. Fabio Longo - SPD
Frau Erika Lotz-Halilovic - SPD
Herr Heinrich Löwer - SPD
Herr Dr. Mohammad Malmanesh - SPD
Herr Uwe Meyer - SPD
Frau Anna Rembas - SPD
Herr Steffen Rink - SPD
Frau Sonja Sell - SPD
Herr Ulrich Severin - SPD
Herr Matthias Simon - SPD
Herr Gerald Weidemann - SPD
Herr Dirk Bamberger - CDU
Herr Joachim Brunnet - CDU
Herr Oliver Hahn - CDU
Herr Hermann Heck - CDU
Herr Manfred Jannasch - CDU
Herr Walter Jugel - CDU
Herr Winfried Kissel - CDU
Herr Lars Küllmer - CDU
Herr Stephan Muth - CDU

Herr Roger Pfalz - CDU
Frau Runhild Piper - CDU
Herr Hans-Martin Reissner - CDU
Frau Karin Schaffner - CDU
Frau Sabine Schäfer-Jarosz - CDU
Herr Jens Seipp - CDU
Frau Angela Dorn-Rancke - B90/Die Grünen
Herr Dietmar Göttling - B90/Die Grünen
Herr Dr. Karsten McGovern - B90/Die Grünen
Frau Dr. Elke Neuwohner - B90/Die Grünen
Frau Dr. Christa Perabo - B90/Die Grünen
Herr Christian Schmidt - B90/Die Grünen
Herr Hans-Werner Seitz - B90/Die Grünen
Frau Madelaine Stahl - B90/Die Grünen
Frau Renate Bastian - Marburger Linke
Frau Tanja Bauder-Wöhr - Marburger Linke
Herr Roland Böhm - Marburger Linke
Frau Elisabeth Kula - Marburger Linke
Herr Henning Köster-Sollwedel - Marburger Linke
Herr Jan Schalauske - Marburger Linke
Herr Jonathan Schwarz - Marburger Linke
Frau Inge Sturm - Marburger Linke
Herr Hanke Bokelmann - FDP/MBL
Herr Christoph Ditschler - FDP/MBL
Frau Lisa Freitag - FDP/MBL
Herr Dr. Hermann Uchtmann - FDP/MBL
Herr Roland Frese - BfM
Frau Gabriele Mensing - BfM
Herr Dr. Michael Weber - Piratenpartei

Entschuldigte Mitglieder

reguläre Mitglieder

Herr Mathias Range - CDU	- entschuldigt -
Herr Marco Nezi - B90/Die Grünen	- entschuldigt -
Frau Andrea Suntheim-Pichler - BfM	- entschuldigt -

Mitglieder des Magistrats

Herr Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies - SPD
Herr Bürgermeister Wieland Stötzel - CDU
Frau Stadträtin Kirsten Dinnebier - SPD
Herr Stadtrat Jürgen Hertlein - SPD
Frau Stadträtin Ursula Schulze-Stampe - SPD
Frau Stadträtin Dr. Marlis Sewering-Wollanek - SPD
Frau Stadträtin Anne Oppermann - CDU
Herr Stadtrat Christian Schombert - CDU
Frau Stadträtin Anni Röhrkohl - CDU
Frau Stadträtin Alev Laßmann - B90/Die Grünen
Herr Stadtrat Nico Biver - Marburger Linke
Herr Stadtrat Michael Selinka - FDP
Herr Stadtrat Frédéric Schwindack - BfM

Protokoll

Herr Lothar Sprenger, Fachdienst Kommunale Gremien

Protokoll:

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Stadtverordnetenvorsteherin Marianne Wölk eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden, insbesondere die drei neuen Mitglieder des Hauses Myriam Hövel (SPD), Lars Küllmer (CDU) und Lisa Freitag (FDP/MBL). Sie stellt die form- und fristgerechte Ladung zur heutigen Sitzung und die Beschlussfähigkeit der Stadtverordnetenversammlung fest. Einwände gegen diese Feststellungen werden nicht vorgetragen.

Anschließend bringt Stadtverordnetenvorsteherin Wölk die Betroffenheit der Stadtverordnetenversammlung über den Brandanschlag auf die Dar-Al-Salem-Moschee in der Friedrich-Ebert-Straße zum Ausdruck und verurteilt diesen aufs Schärfste. Sie bekräftigt den Wunsch nach einem friedlichen und weltoffenen Zusammenleben aller Religionen in der Universitätsstadt Marburg.

Danach unterbricht die Stadtverordnetenvorsteherin die Sitzung um 16:44 Uhr zur Durchführung der Einwohner/innenfragestunde. Um 16:53 Uhr wird die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung fortgesetzt.

Stadtverordnetenvorsteherin Wölk trägt die Tagesordnung für die heutige Sitzung unter Berücksichtigung der zurückgestellten und zurückgezogenen Vorlagen und Anträge vor. Einwände dagegen werden nicht erhoben.

zu 2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 29.09.2017

Die Niederschrift über die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 29.09.2017 ist allen Stadtverordneten mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugegangen. Änderungswünsche werden nicht vorgebracht. Das Protokoll gilt somit in der vorliegenden Fassung als genehmigt.

zu 3 Fragestunde

Die zur Fragestunde eingereichten kleinen Anfragen Nr. 1 bis 7 sowie einzelne Nachfragen werden durch die zuständigen Dezernenten wie folgt beantwortet:

Kleine Anfrage Nr. 01
zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 17. November 2017

Fragesteller/in:	Dr. Elke Neuwohner
Fraktion / Partei:	Bündnis90/Die Grünen

Frage:
Der Magistrat möge Auskunft geben, welche Anmeldefristen im Krippenbereich existieren, also ab welchem Zeitpunkt man sein Kind frühestens für einen Krippenplatz anmelden kann.

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 58 - Kinderbetreuung
Dezernent/Dezernentin:	Stadträtin Kirsten Dinnebier

Stellungnahme/Antwort:
Das Verfahren, ab welchem Zeitpunkt (werdende) Eltern ihre Kinder für einen Besuch in der Krippe anmelden können, regelt jeder Träger eigenständig.

Im Fachdienst Kinderbetreuung, der die Plätze in den kommunalen Kindertageseinrichtungen vergibt, können Eltern bereits während der Schwangerschaft den Bedarf auf einen Betreuungsplatz anmelden.

Die Freien Träger, die in Marburg in hohem Maße Krippenplätze bereitstellen, sind der Gesamtverband der ev. Kirchen, das Studentenwerk und der Eltern-Kind-Verein. Die Praxis der genannten Träger ist wie folgt: Der Gesamtverband der evangelischen Kirchengemeinden Marburg nimmt Anmeldungen der Eltern ab der Geburt des Kindes entgegen. Ebenso verfährt das Studentenwerk. Der Eltern-Kind-Verein praktiziert dasselbe Verfahren. Ausnahmen bilden die Standortunternehmen der Behringwerke, die schon Plätze während der Schwangerschaft vergeben. Hier gelten die jeweiligen Betriebsvereinbarungen der Unternehmen, die z.T. variieren.

Das Anmeldedatum ist allerdings nicht das entscheidende Kriterium für die Vergabe der Plätze.

Kirsten Dinnebier
Stadträtin

Kleine Anfrage Nr. 02
zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 17. November 2017

Fragesteller/in:	Dr. Elke Neuwohner
Fraktion / Partei:	Bündnis90/Die Grünen

Frage:
Der Magistrat möge Auskunft geben, wann die Stelle „Aufwachsen in Marburg“ im städtischen Stellenplan eingerichtet wurde, wann sie ausgeschrieben wurde und welchen Aufgabenbereich diese Stelle im Bereich der Jugendförderung umfasst.

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 10 - Personal, Organisations- und Beteiligungsmanagement
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:

Nach der zum 1.10.2017 in Kraft gesetzten neuen Organisationsstruktur der Stadtverwaltung Marburg ist die Aufgabe erstmalig zu besetzen gewesen. Hierzu wurden stellenplantechnisch unbesetzte Stellenanteile aus dem Fachbereich 5 herangezogen. Generell notwendige Stellenplananpassungen im Rahmen der Umsetzung der Umstrukturierungsmaßnahmen erfolgen im Stellenplan 2018.

Da die Stellenbesetzung im Rahmen der Umsetzung in einer gleichwertigen Position erfolgte, war eine Stellenausschreibung entbehrlich.

Zum Aufgabenbereich der Koordinierungsstelle "Aufwachsen in Marburg" gehört die aus öffentlichen Drittmitteln geförderte „Netzwerkkoordination Frühe Hilfen“. Dies beinhaltet die

- Weiterentwicklung einer guten Infrastruktur für (werdende) Eltern in der Wahrnehmung ihrer Elternkompetenz und Erziehungsverantwortung
- Weiterführung und Ausbau der multiprofessionellen Kooperation mit Trägern und Akteuren der Jugendhilfe, Beratungsstellen, Gesundheitsförderung, Gesundheitswesen und weiteren relevanten Stellen,
- Hilfen für junge Familien in Problemlagen
- Verzahnung und Vernetzung bereits bestehender Hilfs- und Unterstützungsangebote für Schwangere, junge Familien, Babys und (Klein)kinder
- Bereitstellung und Entwicklung passgenauer Unterstützungsangebote für (werdende) Eltern und Kinder einschl. Familienhebammen sowie weitere Hilfsangebote, bürgerschaftliche En-

gagements und soziale Netzwerke sowie
- Zusammenarbeit in einem hessischen Verbund der Netzwerkkoordinatoren.

Ein weiterer Bestandteil der Projektstelle "Aufwachsen in Marburg" ist die

- Übernahme explorativer Aufgaben im Rahmen der Jugendhilfeplanung und die Unterstützung des Jugendamtes durch quantitative und qualitative Datenerhebung der Lebenssituation von Familien in Marburg, insbesondere in den sozialen Brennpunkten
- Explorative Sozialraumanalyse (Erhebung von entsprechenden Bevölkerungsdaten) insbesondere in den sozialen Brennpunkten zur Überprüfung der Angebotsstrukturen der Jugendhilfe und Weiterentwicklung von Handlungsansätzen mit dem Ziel der strategischen Weiterentwicklung der Universitätsstadt Marburg als familienfreundliche Kommune
- Koordination der Arbeitsgruppe Bündnis für Familie.

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 03
zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 17. November 2017

Fragesteller/in:	Christian Schmidt
Fraktion / Partei:	Bündnis90/Die Grünen

Frage:
Wie ist der Stand der Dinge bezüglich der Planung eines Bahnhaltepunktes „Marburg Mitte“ und welche Schritte gedenkt der Magistrat im Zusammenhang mit dessen Realisierung einzuleiten?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 15 - Referat für Stadt-, Regional- und Wirtschaftsentwicklung
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:
In den 90er Jahren hat die Universitätsstadt Marburg zusammen mit den Stadtwerken über einen Bahnhaltepunkt mit dem RMV diskutiert. Über das hinaus, was damals an Ideen dazu ausgetauscht wurde, sind bis heute keine weiteren Planungen erfolgt. In den letzten Jahren lagen die Prioritäten der Universitätsstadt Marburg auf der Fertigstellung des Hauptbahnhofs samt einhergehender Umgestaltung des Bahnhofsvorplatzes. In den kommenden Jahren wird es darum gehen, den Haltepunkt „Marburg-Süd“ barrierefrei zu gestalten.

Ob der Gedanke an einen Haltepunkt „Marburg-Mitte“ in fernerer Zukunft wieder aufgenommen wird, hängt u.a. davon ab, welche Planungen für das Areal der Geisteswissenschaften der Philipps-Universität es geben wird.

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 04
zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 17. November 2017

Fragesteller/in:	Christian Schmidt
Fraktion / Partei:	Bündnis90/Die Grünen

Frage:
Im vergangenen Jahr testeten die Stadtwerke Elektrobusse für den Stadtbusverkehr. Welche Schritte wurden im Hinblick auf eine Anschaffung solcher Busse unternommen oder sind, besonders vor dem Hintergrund der von Seiten der Landesregierung neu geschaffenen Förder-

möglichkeiten für Elektromobilität im ÖPNV, konkret geplant?

Stellungnahme/Antwort durch:	Stadtwerke Marburg
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:
Die Stadtwerke Marburg beteiligen sich zusammen mit den Stadtwerken Trier als Kooperationspartner an einer Machbarkeitsstudie des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur zur Realisierung eines Hybrid-Oberleitungsbussystems (HO-Bussystem) in Deutschland.
Im Rahmen des Förderprogramms „Dieselgipfel“ wurden in der von der Stadt dem HMWEVL vorgelegten Projektskizze als Maßnahmen im Handlungsfeld Förderung ÖPNV Elektrobusse und HO-Busse einschließlich Ladeinfrastruktur, Umbau des Betriebshofs eingebracht.
Innerhalb der Verkehrssparte der Stadtwerke Marburg GmbH beschäftigt sich zudem der Arbeitskreis Mobilität 2020 ergebnisoffen mit der zukünftigen Beschaffungsstrategie für ÖPNV-Fahrzeuge.

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 05
zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 17. November 2017

Fragesteller/in:	Marianne Wölk
Fraktion / Partei:	SPD

Frage:
Wieviele Kinder stehen auf der Warteliste für einen Platz in der Kindertagesbetreuung, insbesondere für 1-3jährigen, auch bei den freien Trägern?

Stellungnahme/Antwort durch:	FB 5 - Kinder, Jugend, Familie
Dezernent/Dezernentin:	Stadträtin Kirsten Dinnebier

Stellungnahme/Antwort:
Vorbemerkung: In den letzten Jahren wurden in der Stadt Marburg mit einer großen Anstrengung neue Plätze für Kinder U3 in Krippen und Kindertagespflege geschaffen sowie im KiTa-Bereich die Betreuungszeiten durch mehr Ganztagsplätze ausgeweitet. Im U3-Bereich waren wir für die Umsetzung des seit 2013 geltenden Rechtsanspruchs von einer Quote von 42% bezogen auf alle Kinder von 0 bis unter 3 Jahren ausgegangen. Mit dieser Quote konnte in den letzten Jahren der Bedarf abgedeckt werden. Wir haben durch die erheblichen Ausbauanstrengungen – zuletzt mit der Eröffnung der KiTa Karlsbader Weg sowie der Krippe Baderhaus Ende 2016 – diese Versorgungsquote inzwischen sogar übertroffen.
Trotzdem stellen wir verstärkt seit diesem Jahr eine höhere Bedarfsnachfrage an Plätzen fest. Dies hat zwei Gründe: zum einen haben wir in 2015 und 2016 eine außerordentlich hohe Zahl an Geburten zu verzeichnen, die in dieser Höhe nicht zu erwarten war und erstmals seit Mitte der 1990er Jahre deutlich über 600 Kinder liegt, zum anderen dadurch, dass der Krippenbesuch mehr und mehr als „Normalität“ betrachtet wird und von immer mehr Eltern nachgefragt wird. Langfristig wird hier die erforderliche Versorgungsquote bei über 50% liegen müssen.

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung gelingt es nicht immer, das Eltern für ihre Kinder den gewünschten Platz zum gewünschten Aufnahmezeitpunkt bekommen können. Erschwerend für die Eltern – und den subjektiven Eindruck einer Mangelsituation verstärkend – kommt hinzu, dass im U3-Bereich Plätze meistens erst kurzfristig vergeben werden können, Eltern also manchmal lange auf eine Zusage warten und dies Unsicherheiten und Unzufriedenheit erzeugt, vor allem wenn man nach der Elternzeit wieder in den Beruf einsteigen will.

Zum U3-Bereich: Krippenplätze werden in Marburg vor allem von mehreren freien Trägern angeboten, die Plätze der Stadt Marburg in kommunaler Trägerschaft machen nur einen kleinen

Teil des Angebots aus. Eltern melden sich i.d.R. direkt bei den Krippen an, und zwar fast immer bei mehreren Krippen, so dass es zu Doppel- und Dreifachfachanmeldungen kommt. Plätze in Krippen werden dann frei, wenn Kinder drei Jahre werden, einen KiTa-Platz zum 3. Geburtstag erhalten haben und die Eltern die Kinder abmelden. Erst dann steht verbindlich fest, dass zu einem Termin der Platz wieder vergeben werden kann. Insofern können die U3-Plätze nicht langfristig im Voraus vergeben werden, und es gibt sozusagen „Bedingungsketten", d.h. Anschlussbetreuungen, die erfüllt sein müssen. Das bedeutet: es stehen viele Kinder – meistens mehrfach – auf sogenannten „Wartelisten", für die erst zu einem zukünftigen Zeitpunkt ein Platz nachgefragt wird, denen aber noch keine Zusage gemacht werden kann. Die Tatsache, auf einer „Warteliste" zu stehen, sagt insofern weder etwas aus, ob dieses Kind einen Platz erhält, noch über den tatsächlichen unversorgten Bedarf. Deshalb ist der Begriff Warteliste, der häufig für die Liste aller angemeldeten Kinder verwendet wird, irreführend. Sinnvollerweise müsste man besser von Anmeldelisten sprechen.

Insofern die Anfrage darauf abzielt, über die Zahl der Kinder auf Wartelisten in Erfahrung zu bringen, wieviele Kinder jetzt oder zu einem späteren Zeitpunkt im laufenden Kindergartenjahr unversorgt sind, wäre die Zahl der Wartelisten-Kinder wenig hilfreich, da sie ja zum einen Mehrfachnennungen und zum anderen Kinder enthält, die zwar noch keine Zusage haben, aber einen Platz erhalten werden.

Um die tatsächliche Zahl der z.B. zum 1.01.oder 1.03.2018 nicht versorgten Kinder zumindest ungefähr zu ermitteln, müssten die Wartelisten aller Träger namentlich um Mehrfachnennungen bereinigt werden und es müssten die gewünschten Aufnahmezeitpunkte und die dann voraussichtlich – aber nicht immer sicher – freiwerdenden Plätze abgeglichen werden. Dies erfordert einen zeitlichen Aufwand, der im Moment im FD Kinderbetreuung nicht zu leisten ist.

Kirsten Dinnebier
Stadträtin

Kleine Anfrage Nr. 06
zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 17. November 2017

Fragesteller/in:	Marianne Wölk
Fraktion / Partei:	SPD

Frage:
Nach welchen Auswahlkriterien erfolgt die Platzvergabe eines Kinderkrippen-/Kindergartenplatzes, hier auch insbesondere bei freien Trägern?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 58 - Kinderbetreuung
Dezernent/Dezernentin:	Stadträtin Kirsten Dinnebier

Stellungnahme/Antwort:
In der Universitätsstadt Marburg wird das Verfahren, ab welchem Zeitpunkt (werdende) Eltern ihr Kind für einen Besuch in einer Krippe oder Kita anmelden, von den Trägern der Kinderbetreuungseinrichtungen eigenständig geregelt.
Das Anmeldedatum ist allerdings nicht das entscheidende bzw. abschließende Kriterium für die Vergabe der Betreuungsplätze.

Für die Vergabe der Betreuungsplätze gibt es grundsätzliche Kriterien, welche für alle Träger gelten:

- (nachweisliche) Erwerbstätigkeit der Eltern oder Teilnahme an beruflichen Bildungsmaßnahmen, Schulausbildung, Sprachkurse etc.
- Besondere Berücksichtigung von Alleinerziehenden
- Pädagogische Gründe (i. d. R. in Kooperation mit den Sozialen Diensten der Verwaltung)
- Bei Einrichtungen mit Stadtteilbezug: Wohnen im Stadtteil

Weitere Kriterien können selbständig von den Trägern festgelegt werden bzw. ergeben sich aus der Besonderheit des jeweiligen Betreuungsangebotes.

Grundsätzlich ist ein persönlicher Kennenlern-Termin in der jeweiligen Einrichtung erforderlich.

Es ist das Bestreben des Fachdienstes Kinderbetreuung und der freien Träger, den Eltern ein Wunsch- und Wahlrecht bezüglich der Auswahl einer Einrichtung zu ermöglichen. Sollte in der gewünschten Einrichtung eines freien Trägers kein Platz zur Verfügung stehen, werden die Eltern an den Fachdienst Kinderbetreuung zur Beratung verwiesen.

Es finden regelmäßige Abstimmungstermine zwischen der Stadt Marburg als Öffentlicher Träger und Träger der städtischen Kinderbetreuungseinrichtungen sowie den freien Trägern statt. Da viele Eltern ihre Kinder in mehreren Krippen oder Kitas anmelden, muss eine gute Abstimmung zwischen allen Kinderbetreuungseinrichtungen erfolgen. In der Krippe wird dieses Verfahren inzwischen digital unterstützt. Der Fachdienst Kinderbetreuung prüft aktuell auch mögliche Verfahren der digitalen Bedarfserfassung für alle Betreuungsplätze.

Kirsten Dinnebier
Stadträtin

Kleine Anfrage Nr. 07
zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 17. November 2017

Fragesteller/in:	Dr. Hermann Uchtmann
Fraktion / Partei:	FDP/MBL

Frage:
Kann der Kaugummiautomat an der Brücke (Übergang Biegenstraße/Pilgrimstein) entfernt werden bzw. wenn nicht durch einen neuen ersetzt werden? Der Anblick ist traurig.

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 35 - Sicherheit und Verkehrsüberwachung
Dezernent/Dezernentin:	Bürgermeister Wieland Stötzel

Stellungnahme/Antwort:
Der Fachdienst wird mit dem Automatenaufsteller Kontakt aufnehmen und Möglichkeiten der optischen Optimierung abstimmen.

Wieland Stötzel
Bürgermeister

Der stellv. Stadtverordnetenvorsteher Büchner erklärt damit die Fragestunde für beendet. Die Antworten auf die Fragen Nr. 8 bis 31 werden nach Beendigung der Fragestunde direkt an die Fragesteller/innen verteilt. Die Antworten sind dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Während der Fragestunde hat der stellv. Stadtverordnetenvorsteher Büchner die Sitzungsleitung von 17:00 Uhr bis 17:32 Uhr inne.

---

zu 4 Wahl eines Vertreters/einer Vertreterin und eines Stellvertreters/einer Stellvertreterin für den Verbandsvorstand des Zweckverbandes Mittelhessische Was-

serwerke
Vorlage: VO/5799/2017

Für den Wahlvorbereitungsausschuss berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Kissel. Dem Ausschluss lagen für die Wahlen folgende Wahlvorschlage der Fraktionen von SPD, BfM und CDU vor:

Wieland Stötzel (Vertreter)
Kirsten Dinnebier (Stellvertreterin)

Weitere Wahlvorschläge werden nicht unterbreitet.

Der Ausschuss empfiehlt die Wahlen in offener Abstimmung per Handzeichen durchzuführen.

Nach Aufruf durch die Stadtverordnetenvorsteherin wählt die Stadtverordnetenversammlung in offenen Abstimmung per Handzeichen

Herrn Bürgermeister Wieland Stötzel

zum Vertreter der Universitätsstadt Marburg in den Verbandsvorstand des Zweckverbandes Mittelhessische Wasserwerke

Abstimmungsergebnis:
Ja: SPD, CDU, BfM
Nein: keine
Enthaltung: B90/Die Grünen, Marburger Linke, FDP/MBL, Piratenpartei

Frau Stadträtin Kirsten Dinnebier

zur Stellvertreterin der Universitätsstadt Marburg in den Verbandsvorstand des Zweckverbandes Mittelhessische Wasserwerke.

Abstimmungsergebnis:
Ja: SPD, CDU, BfM
Nein: keine
Enthaltung: B90/Die Grünen, Marburger Linke, FDP/MBL, Piratenpartei

---

zu 7 Jahresabschluss für das Haushaltsjahr 2016
Vorlage: VO/5904/2017

Der Tagesordnungspunkt wird gemeinsam mit den Tagesordnungspunkten 9 und 17.4 zur Beratung aufgerufen.

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Pfalz. Der Ausschuss empfiehlt mehrheitlich der Vorlage zuzustimmen. Aussprache wurde angemeldet.

An der Aussprache beteiligen sich Oberbürgermeister Dr. Spies sowie die Stadtverordneten Göttling, Pfalz, Schalauske und Simon.

Nach Beendigung der Aussprache lässt die Stadtverordnetenvorsteherin über die Vorlage abstimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

1.) Der Jahresabschluss 2016 in der vom Magistrat vorgelegten Fassung wird ge-

mäß
§ 112 HGO i. V. mit § 51 Ziffer 9 HGO zur Kenntnis genommen und dem Prüfungsamt der Universitätsstadt Marburg zugeleitet.

Im Jahresabschluss ist berücksichtigt:

- **Der im Produkt 469030 "Abfallwirtschaft" entstandene Fehlbetrag in Höhe von 518.930,60 € kann nur zum Teil aus dem Sonderposten für den Gebührenausgleich "Abfallwirtschaft" (469.131,23 €) entnommen werden. Es verbleibt ein Fehlbetrag von 49.799,37 €.**

- **Die im Budgetbericht als Teil des Jahresabschlusses ausgewiesenen Budgetüberschreitungen werden innerhalb der Dezernatsbudgets ausgeglichen. Eine Vorbelastung der Budgets des Folgejahres erfolgt nicht.**

- **Der Jahresfehlbetrag im ordentlichen Ergebnis 2016 in Höhe von 14.157.557,45 € wird der Rücklage aus den Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses entnommen.**

- **Der Fehlbetrag im außerordentlichen Ergebnis 2016 in Höhe von 680.442,55 € wird der Rücklage aus den Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses entnommen.**

2.) Nach Abschluss der Prüfung durch das Prüfungsamt der Stadt Marburg wird der Magistrat nach § 113 und § 114 i. V. mit § 51 Ziffer 9 HGO den Jahresabschluss zusammen mit dem Schlussbericht des Prüfungsamtes der Stadtverordnetenversammlung zur Beratung und Beschlussfassung über den Jahresabschluss und über die Entlastung des Magistrats vorlegen.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig

---

zu 9 195. Vergleichende Prüfung "Aufgabenverteilung/Finanzströme zwischen Sonderstatusstädten und Kragenkreisen"
Vorlage: VO/5912/2017

Die Vorlage wird gemeinsam mit den Tagesordnungspunkten 7 und 17.4 zur Beratung aufgerufen.

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Pfalz. Der Ausschuss empfiehlt mehrheitlich der Vorlage zuzustimmen. Aussprache wurde angemeldet.

Zur Protokollierung der Aussprache siehe Tagesordnungspunkt 7.

Nach Beendigung der Aussprache fasst die Stadtverordnetenversammlung folgenden Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den vorgelegten Abschlussbericht der 195. Vergleichenden Prüfung „Aufgabenverteilung /Finanzströme zwischen Sonderstatusstädten und Kragenkreisen“ durch den Landesrechnungshof zur Kenntnis. Die Stadtverordnetenversammlung erachtet die im Bericht aufgestellte Formel zur Berechnung des Ermäßigungssatzes auf die Kreisumlage für die Sonderstatusstädte als nicht sachgerecht.

Abstimmungsergebnis:

Ja: SPD, CDU, FDP/MBL, BfM
Nein: keine
Enthaltung: B90/Die Grünen, Marburger Linke, Piratenpartei

---

zu 17.4 194. Vergleichende Prüfung "Haushaltsstruktur 2016: Sonderstatusstädte" Vorlage: VO/5884/2017

Die Vorlage wird gemeinsam mit den Tagesordnungspunkten 7 und 9 zur Aussprache aufgerufen. Zur Protokollierung der Aussprache siehe Tagesordnungspunkt 7.

Nach Beendigung der Aussprache nimmt die Stadtverordnetenversammlung von dem Schlussbericht des Präsidenten des Hessischen Rechnungshofes - Überörtliche Prüfung kommunaler Körperschaften - über die 194. Vergleichende Prüfung „Haushaltsstruktur 2016: Sonderstatusstädte“ Kenntnis.

---

zu 14.1 Kinderbetreuung Vorlage: VO/5948/2017

Die Vorlage des Magistrats ist nach Versand der Einladung zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung noch auf die Tagesordnung gesetzt und den Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung zugestellt worden. Eine Vorberatung im Ausschuss hat daher nicht stattgefunden.

Zu dem Tagesordnungspunkt wurde im Ältestenrat die Aussprache angemeldet.

An der Aussprache beteiligen sich Stadträtin Dinnebier sowie die Stadtverordneten Böhm, Seitz, Severin, Pfalz, Dr. Neuwohner und Oberbürgermeister Dr. Spies.

Der Stadtverordnete Böhm beantragt für die Fraktion Marburger Linke in seinem Redebeitrag im 1. Absatz des Beschlussvorschlages die Worte „unerwartet und“ zu streichen.

Nach Beendigung der Aussprache lässt die Stadtverordnetenvorsteherin zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion Marburger Linke abstimmen.

Abstimmungsergebnis:
Ja: B90/Die Grünen, Marburger Linke
Nein: SPD, CDU, BfM
Enthaltung: FDP/MBL, Piratenpartei

Der Änderungsantrag ist damit abgelehnt.

Die Stadtverordnetenvorsteherin ruft anschließend den Ursprungsantrag zur Abstimmung auf.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

1. **Die Universitätsstadt Marburg bekräftigt ihren Willen, auch angesichts unerwartet und erheblich steigender Geburtenzahlen, die Kinderbetreuung auf dem hohen Niveau zu gewährleisten. Dazu gehört sowohl der zeitliche Umfang des Angebots als auch die pädagogische Qualität, die sich auch durch deutlich günstigere Personalschlüssel auszeichnen soll.**
2. **Die Universitätsstadt Marburg will zukünftig eine stärkere Differenzierung im Hinblick auf den quartiersbezogenen Bedarf, insbesondere unter Beachtung sozialer und anderer Belastung in der Strukturierung der Kinderbetreuung umsetzen.**
3. **Die Universitätsstadt Marburg bekräftigt ihren Willen, unter der Voraussetzung, dass**

das Land mindestens seine Ankündigungen zur Kindertagesbetreuungsfinanzierung vollumfänglich umsetzt, den Besuch von Kinderbetreuungseinrichtungen von Gebühren freizustellen.

4. **Kurzfristig wird der Magistrat im Dezember 2017 auf der Grundlage der aktuell verfügbaren statistischen Geburtenzahlen eine Bedarfs- und Realisierungsplanung für die Kindertagesbetreuung vorlegen, die**
   a) **kurzfristig realisierbare Handlungsoptionen (Realisierung innerhalb des ersten Halbjahres 2018),**
   b) **mittelfristig realisierbare Handlungsoptionen (Realisierung innerhalb des zweiten Halbjahres 2018 und des ersten Halbjahres 2019) beinhalten;**
   c) **die vorhandenen und im Eigentum der Universitätsstadt Marburg befindlichen Liegenschaften in die Planung einbezieht;**
   d) **mit dem Blick auf die längerfristige Zukunft auch die Betreuung der Grundschulkinder entsprechend berücksichtigt und**
   e) **für etwaige notwendige Um- und Neubauten auf Prestige-Bauprojekte verzichtet und stattdessen eine flexible Nutzung bedarfsbezogen und bedarfsorientiert in der Kindertagesbetreuung ermöglicht.**

Parallel ist der Aspekt der Personalgewinnung mit aufzunehmen und darzulegen, welche derzeitigen Optionen zur Fachkräftesicherung bestehen.

Weiterhin ist die Qualitätsdiskussion parallel zum weiteren Ausbau der Betreuungsplätze zu führen, um dabei insbesondere auch sozial- und kleinräumliche Bedarfslagen zu berücksichtigen.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig

---

zu 16.1 Antrag der FDP/MBL-Fraktion betr. Unterstützung eines bilingualen Schulzweigs an der Steinmühle
Vorlage: VO/5660/2017

Für den Ausschuss für Schule, Kultur, Sport und Bäder berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Weidemann. Dem Ausschuss lag ein Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, SPD und BfM vor. Der Ausschuss empfiehlt einstimmig die Annahme des Änderungsantrages. Dem Antrag in der ursprünglichen Fassung empfiehlt der Ausschuss mehrheitlich die Ablehnung. Aussprache wurde angemeldet.

An der Aussprache beteiligen sich die Stadtverordneten Bokelmann, Bamberger, Seitz, Schwarz, Weidemann, Dr. McGovern, Köster-Sollwedel und Stadträtin Dinnebier.

Nach Abschluss der Aussprache ruft die Stadtverordnetenvorsteherin zunächst den Änderungsantrag zur Abstimmung auf.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt :

Die Stadtverordnetenversammlung unterstützt den bilingualen Unterricht an Marburger Schulen.

Die Stadtverordnetenversammlung begrüßt und unterstützt die Einführung eines verstärkten englischsprachigen Unterrichtsangebotes im Grundschulbereich in der Stadt Marburg.

Der Magistrat wird gebeten zu prüfen, ob ein überwiegend englischsprachiger Schulzweig ab Klasse 5 in Kooperation mit den weiterführenden Schulen in Marburg errichtet werden kann.

Abstimmungsergebnis:
Ja: SPD, CDU, B90/Die Grünen, Marburger Linke, BfM, Piratenpartei
Nein: keine
Enthaltung: FDP/MBL

Im Anschluss lässt die Stadtverordnetenvorsteherin über den Ursprungsantrag abstimmen mit folgendem Ergebnis:

Ja: B90/Die Grünen, FDP/MBL
Nein: SPD, CDU, Marburger Linke, BfM
Enthaltung: Piratenpartei

Der Antrag in seiner ursprünglichen Fassung ist damit abgelehnt.

---

zu 16.7 Antrag der FDP/MBL-Fraktion betr. Teilnahme der Stadt Marburg an der Aktion "Gelbe Schleife"
Vorlage: VO/5822/2017

Nach Aufruf des Tagesordnungspunktes übernimmt der stellv. Stadtverordnetenvorsteher Büchner ab 20:15 Uhr die Sitzungsleitung.

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Pfalz. Der Ausschuss empfiehlt mehrheitlich die Annahme des Antrages. Aussprache wurde angemeldet.

An der Aussprache beteiligen sich die Stadtversordneten Ditschler, Schalauske, Schmidt, Bamberger, Rink, Frese, Bastian und Seipp.

Nach Beendigung der Aussprache um 21:14 Uhr übernimmt Stadtverordnetenvorsteherin Wölk wieder die Sitzungsleitung und lässt über den Antrag abstimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Der Antrag wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:
Ja: 20 Stimmen (1 x SPD, 15 x CDU, 4 x FDP/MBL)
Nein: 32 Stimmen (8 x B90/Die Grünen, 8 x Marburger Linke, 15 x SPD, 1 x Piratenpartei)
Enthaltung: 4 Stimmen (2 x SPD, 2 x BfM)

---

zu 5 Verleihung der Ehrenbezeichnung "Stadtältester"
Vorlage: VO/5820/2017

Die Stadtverordnetenversammlung fasst folgenden Beschluss:

Herrn Heinz Ludwig, geb. 27.04.1937, wird in Anerkennung seiner langjährigen kommunalpolitischen Verdienste der Ehrentitel „Stadtältester“ verliehen.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig

zu 6 Marburger Ortsrecht
III. Nachtrag zur Abfallsatzung der Universitätsstadt Marburg
Vorlage: VO/5886/2017

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Pfalz. Der Ausschuss empfiehlt mehrheitlich der Vorlage zuzustimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung schließt sich dem Ausschussvotum an und fasst folgenden Beschluss:

Der vorliegende III. Nachtrag zur Abfallsatzung der Universitätsstadt Marburg wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:
Ja: SPD, CDU, B90/Die Grünen, FDP/MBL, BfM, Piratenpartei
Nein Marburger Linke
Enthaltung: keine

zu 8 Wirtschaftsplan 2018 der Stadtwerke Marburg GmbH
Vorlage: VO/5907/2017

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Pfalz. Der Ausschuss empfiehlt bei Enthaltung der Marburger Linke einstimmig der Vorlage zuzustimmen.

Nach Aufruf durch die Stadtvderordnetenvorsteherin fasst die Stadtverordnetenversammlung folgenden Beschluss:

Dem Wirtschaftsplan 2018 der Stadtwerke Marburg GmbH wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:
Ja: SPD, CDU, B90/Die Grünen, FDP/MBL, BfM
Nein keine
Enthaltung: Marburger Linke, Piratenpartei

zu 10 Beitrittserklärung zur Charta zur Betreuung schwerstkranker und sterbender Menschen
Vorlage: VO/5878/2017

Für den Ausschuss für Soziales, Jugend und Gleichstellung berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Böhm. Der Ausschuss empfiehlt einstimmig der Vorlage zuzustimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung folgt der Empfehlung des Ausschusses und beschließt:

Die Universitätsstadt Marburg tritt der Charta zur Betreuung schwerstkranker und sterbender Menschen bei und verpflichtet sich, die Leitsätze der Charta zu beachten und ihre Umsetzung zu befördern.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig

zu 11 Neuausschreibung Behindertenfahrdienst
Vorlage: VO/5901/2017

Die Vorlage wurde im Ausschuss für Soziales, Jugend und Gleichstellung noch nicht vorberaten und wird deshalb zurückgestellt.

zu 12 Bauleitplanung der Universitätsstadt Marburg
Aufstellungsbeschluss zur 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 19/6 für das Gebiet "Die Hofweiden" im Stadtteil Gisselberg
Vorlage: VO/5863/2017

Über die Vorberatung im Bau- und Planungsausschuss, Liegenschaften berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Meyer. Der Ausschuss empfiehlt einstimmig der Vorlage zuzustimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst nach Aufruf zur Abstimmung folgenden Beschluss:

Für den im beiliegenden Übersichtsplan gekennzeichneten Bereich wird die Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 19/6, 1. Änderung für das Gebiet „Die Hofweiden“ im Stadtteil Gisselberg gemäß § 2 Baugesetzbuch (BauGB) beschlossen. Der Bebauungsplan wird gemäß § 13 a BauGB im beschleunigten Verfahren ohne Durchführung einer Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB aufgestellt.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig

zu 13 Bauleitplanung der Universitätsstadt Marburg
Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan Nr. 26/4, 2. Änderung Görzhäuser Hof im Stadtteil Michelbach
Vorlage: VO/5870/2017

Für den Ausschuss für Umwelt, Energie und Verkehr berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Dr. McGovern. Der Ausschuss empfiehlt einstimmig der Vorlage zuzustimmen. Weiterhin berichtet über die Vorberatung im Bau- und Planungsausschuss, Liegenschaften der Vorsitzende, Stadtverordneter Meyer. Der Ausschuss empfiehlt ebenfalls einstimmig die Annahme der Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung schließt sich den Ausschussempfehlungen an und beschließt:

1). **Für den im Übersichtsplan gekennzeichneten Bereich wird gemäß § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) der Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan Nr. 26/4, 2. Änderung, „Görzhäuser Hof“ im Stadtteil Michelbach gefasst. Der Bebauungsplan wird gemäß § 13a BauGB als Bebauungsplan der Innenentwicklung aufgestellt.**
2) **Die Eingriffsregelung gemäß § 1a Abs. 3 BauGB ist in diesem Verfahren voll umfänglich abzuarbeiten.**

Abstimmungsergebnis:

Ja:	SPD, CDU, B90/Die Grünen, FDP/MBL, BfM
Nein	keine
Enthaltung:	Marburger Linke, Piratenpartei

zu 14 Antrag des Seniorenbeirats zur Erstellung eines Gesamtkonzepts zur Mobilität älterer Menschen und mobil eingeschränkter Personen in Marburg
Vorlage: VO/5363/2017

Der Antrag wurde im Ausschuss für Soziales, Jugend und Gleichstellung bis zur nächsten Sitzung zurückgestellt.

zu 15 Dringlichkeitsanträge

Es liegen keine Dringlichkeitsanträge vor.

zu 16 Anträge der Fraktionen

zu 16.2 Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen betr. Einigung zur Trennungsrechnung und Weiterentwicklung der mittelhessischen Universitätsmedizin
Vorlage: VO/5664/2017

Der Antrag wurde in den Ausschüssen bis auf weiteres zurückgestellt.

zu 16.3 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Radweg auf die Lahnberge realisieren
Vorlage: VO/5773/2017

Der Stadtverordnete Schalauske stellt den Geschäftsordnungsantrag den Antrag nochmals zu verschieben. Dem wird nicht widersprochen.

Der Antrag wird somit nochmals zurückgestellt.

zu 16.4 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Verhinderung von nächtlichen Autorennen in Marburg
Vorlage: VO/5774/2017

Für den Ausschuss für Umwelt, Energie und Verkehr berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Dr. McGovern. Der Ausschuss empfiehlt einstimmig die Annahme des Antrages.

Die Stadtverordnetenversammlung schließt sich dem Ausschussvotum an und beschließt:

Der Magistrat wird aufgefordert, darüber zu berichten:

- **wie viele illegale nächtliche Autorennen in der Marburger Innenstadt ihm seit Juli letzten Jahres bekannt sind;**
- **wie viele und welche Hinweise und/oder Anzeigen von betroffenen und besorgten Marburger Bürgerinnen und Bürgern seither eingegangen sind;**

- **ob und wie viele Ermittlungsverfahren eingeleitet wurden;**
- **welche Erkenntnisse er über den möglichen Täterkreis bzw. eine Zunahme illegaler Aktivitäten innerhalb der Tunerszene hat;**
- **ob der mit erheblicher Verspätung (OP 08/07/17) öffentlich bekannt gewordene gravierende Vorfall aus der Nacht vom 12. zum 13. Juni 2017 (BMW-Rennen mit erheblicher Gefährdung einer Fußgängerin) zu vermehrten Kontrollen und sonstigen Ermittlungsanstrengungen geführt hat;**
- **welche Möglichkeiten er sieht, durch Verkehrsüberwachungsmaßnahmen und bauliche Veränderungen im Straßenraum der Haupttrasse (Unistraße über Bahnhofstraße bis hin zum Afföller) solche Rennen zu unterbinden;**
- **wie viele Verkehrskontrollen im genannten Zeitraum mit dem Ziel der Sanktionierung unzulässig getunter PKWs mit welchem Ergebnis stattgefunden haben.**

Abstimmungsergebnis:
einstimmig

---

zu 16.5 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr.: Mit dem ÖPNV-Nulltarif gegen Stickoxid-Vergiftung
Vorlage: VO/5797/2017

Der Antrag wurde in den Ausschüssen mit dem Ziel, einen gemeinsamen Antragstext zwischen allen Fraktionen abzustimmen, zurückgestellt.

---

zu 16.6 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Übernahme der Schülerbeförderungskosten in Form des landesweiten Schülertickets unabhängig von der Entfernung zwischen Schule und Wohnort
Vorlage: VO/5807/2017

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Pfalz. Der Ausschuss empfiehlt bei Enthaltung der FDP/MBL einstimmig dem Antrag zuzustimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Der Magistrat der Universitätsstadt Marburg wird beauftragt, sich beim Land Hessen dafür einzusetzen, dass alle Schüler*innen der Jahrgangsstufen 5-10 in den Genuss der Schülerbeförderung in Form des landesweiten Schüler*innenticket kommen, ohne dass den Kommunen dadurch finanzielle Nachteile entstehen. Die bisherige 3-Kilometer-Grenze soll entsprechend wegfallen.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	SPD, CDU, B90/Die Grünen, Marburger Linke, BfM, Piratenpartei
Nein	keine
Enthaltung:	FDP/MBL

---

zu 16.8 Antrag der FDP/MBL-Fraktion betr. Entschärfung des Kreuzungsbereichs Rotenberg/Sybelstr./Barfüßertor
Vorlage: VO/5824/2017

Für den Ausschuss für Umwelt, Energie und Verkehr berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Dr. McGovern. Im Ausschuss wurde getrennte Abstimmung beantragt. Absatz 1 des Be-

schlussvorschlages empfiehlt der Ausschuss die Annahme, den weiteren Absätzen mehrheitlich die Ablehnung.

Die Stadtverordnetenvorsteherin lässt über den Beschlussvorschlag ebenfalls getrennt abstimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Der unübersichtliche und beengte Kreuzungsbereich Rotenberg/Sybelstr./Barfüßertor soll entschärft werden, um die Verkehrssicherheit für alle Verkehrsteilnehmer zu erhöhen.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig

Die weiteren Absätze des Antragstextes werden abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:
Ja: Marburger Linke, FDP/MBL
Nein SPD, CDU, BfM
Enthaltung: B90/Die Grünen, Piratenpartei

---

zu 16.9 Antrag der Fraktionen von CDU, SPD und BfM betr.: Grünanlagensatzung Vorlage: VO/5849/2017

Für den Ausschuss für Umwelt, Energie und Verkehr berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Dr. McGovern. Der Ausschuss empfiehlt mehrheitlich die Annahme des Antrages. Dies gilt auch für den Haupt- und Finanzausschuss, für den der Vorsitzende, Stadtverordneter Pfalz, berichtet.

Die Stadtverordnetenversammlung schließt sich den Ausschussempfehlungen an und beschließt:

Der Magistrat wird gebeten, für die Marburger Parks und Grünanlagen eine Benutzungsordnung bzw. Grünanlagensatzung zu erstellen.

Die Benutzungsordnung soll für die Nutzung des Schlosspark/Rosengarten, Garten des Gedenkens, Northamptonpark, Ludwig-Schüler Park, Friedrichsplatz, Pfaffenwehr und des Stadtwaldparks gelten. Die Satzung soll ähnlich wie bei Spielplätzen an den Zugängen der Parks in leichter, bebilderter Sprache auf Schildern öffentlich gemacht werden.

Der Magistrat wird weiterhin gebeten zu prüfen, wie die Einhaltung der Satzung gesichert werden kann.

Abstimmungsergebnis:
Ja: SPD, CDU, Marburger Linke, FDP/MBL, BfM
Nein B90/Die Grünen, Piratenpartei
Enthaltung: keine

---

zu 16.10 Antrag der Fraktion FDP/MBL betr. Dauerhafter Posten von Polizei und Ordnungsamt an den Lahnterrassen Vorlage: VO/5867/2017

Der Antrag wurde im Haupt- und Finanzausschuss zurückgestellt.

---

zu 16.11 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Verbesserung der Situation auf den Lahnterassen
Vorlage: VO/5871/2017

Der Antrag wurde im Haupt- und Finanzausschuss ebenfalls zurückgestellt.

---

zu 16.12 Antrag der Fraktion FDP/MBL betr. Stadt und Stadtwerke entfernen Graffiti
Vorlage: VO/5872/2017

Zu dem Tagesordnungspunkt hat die FDP/MBL-Fraktion Aussprache angemeldet, die jedoch nicht mehr durchgeführt wird. Der Antrag wird in Abstimmung mit der antragstellenden Fraktion deshalb vertagt.

---

zu 16.13 Antrag der Fraktion Marburger Linke betreffend "Stadtteilkonzept Richtsberg erstellen"
Vorlage: VO/5873/2017

Der Antrag wurde in den Ausschüssen zur Vorberatung und Stellungnahme an den Ortsbeirat Richtsberg verwiesen.

---

zu 16.14 Antrag der Fraktionen von Bürger für Marburg, SPD und CDU betr. Berücksichtigung der Gewaltprävention bei öffentlichen Neubauten
Vorlage: VO/5887/2017

Von der Vorberatung im Bau- und Planungsausschuss, Liegenschaften berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Meyer. Der Ausschuss empfiehlt einstimmig dem Antrag zuzustimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird aufgefordert, bei der Planung öffentlicher Neubauten von Anfang an Aspekte der Gewaltprävention und Sicherheit städtebaulich zu berücksichtigen, um ein Entstehen von Gebäuden, Plätzen oder öffentlichen Flächen zu vermeiden, die ein Potential an Gefährdung oder einen Mangel an subjektivem Sicherheitsgefühl jeder Art mit sich bringen können.

Darüber hinaus wird der Magistrat gebeten, das Land Hessen und private Bauherren diesbezüglich zu sensibilisieren, um auch von dieser Seite Gewaltprävention zu betreiben.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	SPD, CDU, FDP/MBL, BfM
Nein	keine
Enthaltung:	B90/Die Grünen, Marburger Linke, Piratenpartei

zu 16.15 Antrag der Fraktion B90/Die Grünen betr.: Sicherer Fußweg Bei St. Jost - Änderung der Verkehrsführung der Zufahrt zur Tankstelle Marburg-Mitte
Vorlage: VO/5890/2017

Der Antrag wurde durch den Ausschuss für Umwelt, Energie und Verkehr und den Bau- und Planungsausschuss, Liegenschaften zur Vorberatung und Stellungnahme an den Ortsbeirat Weidenhausen verwiesen.

zu 16.16 Antrag der Fraktion B90/Die Grünen betr.: Tempo 30 in der Bahnhofstraße und der Elisabethstraße realisieren
Vorlage: VO/5891/2017

Zu dem Thema Verkehrssituation in der Nordstadt findet am 23.11.2017 eine öffentliche Informationsveranstaltung statt. Der Antrag wurde deshalb in den Ausschüssen zunächst zurückgestellt.

zu 16.17 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. öffentliches Gedenken der Opfer der Marburger Jäger in Königshütte (Chorzow/Polen)
Vorlage: VO/5892/2017

Für den Ausschuss für Schule, Kultur, Sport und Bäder berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Weidemann. Der Ausschuss empfiehlt einstimmig die Annahme des Antrages.

Die Stadtverordnetenversammlung übernimmt die Ausschussempfehlung und beschließt:

Der Magistrat wird gebeten anlässlich des 100. Jahrestags 2019 ein öffentliches Gedenken für die Opfer der "Marburger Jäger" in Königshütte (Chorzow/Polen) zu organisieren.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	SPD, B90/Die Grünen, Marburger Linke, Piratenpartei
Nein	keine
Enthaltung:	CDU, FDP/MBL, BfM

zu 16.18 Antrag der Fraktion B90/Die Grünen betr.: Keine Deklaration weiterer Teile der B3 als Autobahn
Vorlage: VO/5898/2017

Zu dem Tagesordnungspunkt hat die Fraktion B90/Die Grünen Aussprache angemeldet, die jedoch nicht mehr durchgeführt wird. Der Antrag wird in Abstimmung mit der antragstellenden Fraktion deshalb vertagt.

zu 16.19 Antrag der Fraktion B90/Die Grünen betr. Benennung des Allianz-Hauses
Vorlage: VO/5899/2017

Zu dem Tagesordnungspunkt hat die Fraktion B90/Die Grünen Aussprache angemeldet, die jedoch nicht mehr durchgeführt wird. Der Antrag wird auf Wunsch der antragstellenden Fraktion deshalb vertagt.

zu 16.20 Berichtsantrag der Fraktion B90/Die Grünen betr. Förderung der Potentiale älterer Menschen für ein aktives selbst-gestaltetes Leben und Unterstützung pflegebedürftiger älterer Menschen durch die Alternspolitik in Marburg Vorlage: VO/5903/2017

Für den Ausschuss für Soziales, Jugend und Gleichstellung berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Böhm. Der Ausschuss empfiehlt einstimmig die Zustimmung zu dem Antrag.

Die Stadtverordnetenversammlung folgt dem Ausschussvotum und beschließt:

Der Magistrat wird gebeten, darüber zu berichten:

1. **Wie viele MarburgerInnen ab 65 Jahre pflegebedürftig sind, wie viele davon stationärer Pflege bedürfen und wie viele ambulant versorgt werden - im Verhältnis zur Altersgruppe ohne Pflegebedarf;**
2. **welche zentralen Ergebnisse und Wirkungen die bisher in den Stadtteilen bei älteren Menschen durchgeführten Befragungen zum guten Älterwerden er-bracht haben und wie viele Personen daran teilgenommen haben;**
3. **inwieweit die Umsetzung der Ergebnisse und Vorschläge der Umfrage für ein gutes Leben im Quartier durch die aktive Mitwirkung der BewohnerInnen erfolgen soll/kann und wie die städtische Politik sie dabei durch Moderation, Beratung und Qualifikation für Nachbarschafts- Freizeit- und Beteiligungsprojekte unterstützt, bzw. sie unterstützen will;**
4. **wie in diesem Zusammenhang erklärt werden kann, dass die bisher eigenständige Stabsstelle Altenplanung nun dem Fachdienst Arbeit, Soziales und Wohnen, also einem Bereich hoheitlicher Leistungsgewährung für Menschen mit finanziellem bzw. altersbedingtem Hilfebedarf, untergeordnet wurde - ohne Erhalt der bisherigen direkten Austauschmöglichkeit der Stabsstelle mit dem Sozialdezernat bzw. dem Magistrat.**

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig

zu 17 Kenntnisnahmen

zu 17.1 Bedarfsanerkennung - bauliche Umsetzung des Gesamtkonzeptes zur Wohnungslosenhilfe in der Universitätsstadt Marburg am Standort Gisselberger Straße, Beschluss gemäß AGA, Anlage 21, Ziffer 3.1 Bedarfsanerkennung Vorlage: VO/5779/2017

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt nachfolgenden Beschluss des Magistrats zur Kenntnis:

> Der Bedarf für die Sanierung und den Umbau der Liegenschaft „Gisselberger Straße 35/35a“ wird anerkannt.
>
> Die Grundlagenermittlung und Vorplanung erfolgt durch den Fachdienst Hochbau.

zu 17.2 Aktualisierung der Fahrpläne für die Universitätsstadt Marburg zum Fahrplanwechsel am 10.12.2017
Vorlage: VO/5868/2017

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die in der Anlage zu der Vorlage dargestellten Anpassungen im Linienverkehr zur Kenntnis.

1. Der Fahrplan 2018 wird nach den Grundsätzen des aktuellen gültigen Fahrplans 2017 fortgeschrieben.

2. Das einheitliche Taktraster auf der innerstädtischen Hauptachse zwischen Haupt- und Südbahnhof hat sich bewährt und soll beibehalten werden.

3. Die Lahnbergeanbindung wird aus der Ringbedienung der Linie 7 gewandelt in eine Anbindung über die Südanfahrt (Großseelheimer Straße) durch die Linie 7 und eine Nordanfahrt (Panoramastraße) über die Linie 2. Die Linien von den Lahnbergen in die Innenstadt werden nach Bedarf verdichtet.

4. Die Fahrplanstabilität der Linie 6 wird erhöht.

5. Die Linie 9 endet am Samstag aus Richtung Lahnberge an der Haltestelle Erlenring.

6. Bei der Linie 12 wird die Fahrstrecke vereinheitlicht und die Taktung an das Angebot der RNV-Linien MR-80 und MR-81 angepasst.

7. Der AST-Verkehr für die Stadtteile Dagobertshausen, Dilschhausen, Elnhausen und Wehrshausen wird wegen der hohen Fahrgastzahlen auf Linienbus (Linie 16) umgestellt.

8. Der Verkehrsvertrag über die Erbringung von ÖPNV-Leistungen im Stadtgebiet der Universitätsstadt Marburg bleibt unberührt. Magistrat und Stadtwerke werden ermächtigt, eventuell notwendige Detailänderungen im Verkehrsvertrag und im Leistungsverzeichnis als Anlage zum Verkehrsvertrag gemeinsam vorzunehmen.

Die Verkehre werden von der Stadtwerke Marburg GmbH erbracht.

zu 17.3 Vollzug des Haushaltsplans 2017
hier: Dreivierteljahresbericht
Vorlage: VO/5879/2017

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die vorliegende Zusammenstellung von Eckwerten über den Vollzug des Haushaltsplans 2017 zum 30.09.2017 zur Kenntnis.

zu 17.5 Unterrichtung der Stadtverordnetenversammlung über den Stand der Budgets zum 30.09.2017
Vorlage: VO/5893/2017

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die vorliegende Zusammenstellung der den Dezernaten zugeordneten Budgets zur Kenntnis.

Damit ist die Tagesordnung der heutigen Sitzung abgearbeitet. Stadtverordnetenvorsteherin Wölk dankt allen Anwesenden und schließt die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung um 21:28 Uhr.

Marburg, 21.11.2017

Marianne Wölk
Stadtverordnetenvorsteherin

Matthias Simon
Vorsitzender der SPD-Fraktion

Roger Pfalz
Vorsitzender der CDU-Fraktion

Lothar Sprenger
Protokoll

Anlagen:
Antworten auf die Kleinen Anfragen Nr. 8 bis 31